

**Medienmitteilung vom 29. August 2012**

## **Gesetz über die Integration der ausländischen Bevölkerung Integration geht alle an – aktiver Einbezug der Arbeitgeber notwendig**

**Die Grünen Kanton Bern unterstützen ein Integrationsgesetz, das für das Zusammenleben der ausländischen und schweizerischen Bevölkerung integrationsfördernd wirkt, Hindernisse eindämmt und konkret gegen Diskriminierung vorgeht. Das von der Kommission verabschiedete Gesetz erfüllt diese Ansprüche aber in keiner Weise und muss darum nachgebessert werden. Insbesondere beim Abbau von Diskriminierungen und beim Einbezug der Arbeitgeber sind Korrekturen notwendig.**

Die neu erschienene Studie „Integration der ausländischen Arbeitskräfte. Chance und Verantwortung von Unternehmen“, die im Auftrag der Migrations-Alliance Kanton Bern erstellt wurde, zeigt die wichtige Rolle von Arbeitgebern bei der Integration von MigrantInnen auf. Die Gründe für die Zuwanderung in die Schweiz liegen vor allem in der Arbeitsmigration, die für den Wohlstand der Schweiz unerlässlich ist. Statt die Rolle der Arbeitgeber im Integrationsprozess – wie in der Studie vorgeschlagen – zu stärken, hat die vorberatende Kommission des Grossen Rates die Arbeitgeber weiter aus der Verantwortung entlassen. Die Grünen setzen sich dafür ein, dass auch die Arbeitgeber ihren wichtigen Beitrag zur Verhinderung von Diskriminierung leisten (z.B. bei der Vergabe von Lehrstellen) und MigrantInnen beim Besuch von Sprachkursen unterstützen (z.B. Beschäftigten mit unregelmässigen Arbeitszeiten Kursbesuche ermöglichen). Da der Kommissionsvorschlag die Kosten der Integrationsmassnahmen und der Sprachkurse vollumfänglich auf die Betroffenen abwälzen will, drohen insbesondere Personen mit geringeren Einkommen massive finanzielle Belastungen.

Weiter fehlt im Gesetzesentwurf ein griffiger Diskriminierungsschutz, so wie auch das Ziel der Teilhabe von MigrantInnen am politischen Leben. Die Grünen erachten hier Verbesserungen als notwendig.

Da die vorgeschlagenen Integrationsvereinbarungen über die Aufenthaltsberechtigung entscheiden können, braucht es Rechtssicherheit und es müssen strenge Kriterien gelten, welche Willkür verhindern. Für die Grünen steht die Förderung der Integration über Regelstrukturen wie Schule oder Arbeitsmarkt im Zentrum. Hier sind im Kanton Bern weitere Anstrengungen nötig, damit dem Grundsatz „fördern und fordern“ Rechnung getragen und die Förderung nicht vernachlässigt wird.

### **Für weitere Auskünfte:**

Natalie Imboden, Grossrätin, Tel. 079 706 62 84